

25./III. 1919

Bgm. Dr. Weiskirchner eröffnet die Sitzung.

StR. Dr. Kienböck stellt folgenden Antrag:

Die Gemeinde Wien möge bei der Finanzverwaltung des Staates dringendst dahin wirken, daß die Praxis bei Durchführung der letzten die Steuerzahlung betreffenden Gesetze den tatsächlichen Verhältnissen und der wirtschaftlichen Lage der Unternehmungen Rechnung trage, besonders weil die Besorgnis besteht, daß eine große Anzahl gewerblicher Betriebe eingestellt und dadurch die Arbeitslosigkeit vermehrt wird.

(Gehört zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung.)

Berichterstatter StR. Breuer:

(P. 3. 12230, M. Abt. XIX, 1390.) Der Magistratsbericht, betreffend die Uebersetzung einer Denkschrift wegen Milderung der Härten in der Vorschreibung und Einhebung der Steuern zugunsten des Mittelstandes wird mit Rücksicht auf die während der letzten Tage eingetretenen Aenderungen an den Magistrat rückgeleitet und dieser beauftragt, bis zur nächsten Stadtrats-Sitzung einen neuerlichen Bericht, und zwar unter Bezugnahme auf den heutigen Antrag Dr. Kienböck vorzulegen.

StR. Emmerling wünscht, daß sich der Magistrat in großen Umrissen über die Forderungen der Gemeinde hinsichtlich der Steuerreform äußere.